Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 2

Artikel: Grün nur eine politische Modefarbe?
Autor: Hartmann, Horst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339516

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Horst Hartmann

Grün nur eine politische Modefarbe?

Unser Freund und Mitarbeiter Rolf Reventlow, München, hat uns ein gutes Jahrzehnt lang aus sozialdemokratischer Sicht über aktuelles Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland berichtet. Wegen eines hartnäckigen Leidens musste er die Feder aus der Hand legen. Schon heute möchten wir ihm für seine treue und zuverlässige Mitarbeit herzlich danken.
Es ist uns gelungen, einen ausgezeichneten Nachfolger zu finden: in der Person des Journalisten Horst Hartmann. Dank seiner Fähigkeit, umfassendes Wissen durch leichtverständliche Sprache zu vermitteln, wird er als Korrespondent unseres Nachbarlandes zur Bereicherung von «Profil» beitragen. *Red.*

Mit erstaunlicher Energie kämpft der Bonner Innenminister Gerhart Baum (FDP) um Verbesserungen beim Umweltschutz, während der von der CDU/CSU als Kampfinstrument missbrauchte Bundesrat versucht, diese Pläne zu verwässern. Die Vorstellungen der Bonner Regierung über ein neues Bundesimmissionsgesetz zur Reinhaltung der Luft ist in einer ersten Stellungnahme des Bundesrates zurückgewiesen worden, ein erneuter Beweis dafür, dass die jüngsten Lippenbekenntnisse auf dem Ludwigshafener Parteitag der CDU nicht ernst genommen werden können. Aber der Nachfolger des nicht nur in Sachen Umweltschutz glück- und kraftlos operierenden Ministers Werner Maihofer (FDP) lässt nicht locker. Er spricht von möglichen Verletzungen des Grundgesetzes und will notfalls lieber mit dem gegenwärtigen Bundesimmissionsgesetz operieren, als sich mit einem wirkungslosen Gesetz im Sinne der Bundesländer zufriedenzugeben, das Rücksicht auf die Interessen der Industrie nimmt. Die von der CDU geführten Länder haben die Absicht, Grenzwerte für die Verschmutzung der Luft einheitlich für das gesamte Bundesgebiet festzusetzen.

Baum vertritt dagegen die Auffassung, dass die Luft in den unbelasteten Gebieten nicht verschlechtert werden dürfe. Für 95 Prozent des Bundesgebietes sollen so scharfe Grenzwerte gelten, dass nicht nur die menschliche Gesundheit, sondern auch empfindliche Tier- und Pflanzenarten nicht geschädigt werden. Für die restlichen 5 Prozent, die Ballungsgebiete, sollen die Werte so niedrig bleiben, dass die menschliche Gesundheit nicht gefährdet werden kann. Gerhart Baum und die Freidemokraten haben erkannt, dass sie sich als aktive Umweltpartei profilieren müssen, denn für eine Partei knapp oberhalb der Existenzgrenze von 5 Prozent wäre der Einzug der «grünen» Parteien in die Länderparlamente vermutlich das politische Ende. Die Existenzfrage stellt sich aber auch für die deutsche Sozialdemokratie, denn ohne den liberalen Partner kann sie in absehbarer Zeit nicht die Geschicke der Bundesrepublik bestimmen.

Innenminister kontra Industrie

Gerhart Baum, der sich am liebsten «Umweltminister» nennen würde, muss den Umweltschutz gegen Kapitalinteressen durchsetzen und sich hüten, bei seinen Bemühungen als angeblicher Wachstumsbremser in die Ecke gedrängt zu werden. Gegen seine Gesetzespläne haben nämlich bereits Interessenverbände aus dem Bereich Elektrowirtschaft und Steinkohlenbergbau heftig protestiert. So versucht die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke der Öffentlichkeit einzureden, es wäre mit weiteren Erschwernissen im Kraftwerkbau zu rechnen, da die Umweltgesetze die Genehmigungsverfahren mit «Rechtsunsicherheiten» belasten und «unausgewogene und kaum zu erfüllende Forderungen» hinsichtlich des Umweltschutzes stellen. Dahinter verbirgt sich die Auffassung, alle Lasten dem Verbraucher aufzubürden und den Staat als Spielverderber hinzustellen, wenn es an die bisher gewohnten Gewinnmargen gehen sollte, falls sie nicht dem Verbraucher aufgehalst werden können. Mag die jetzige Situation auch noch unbefriedigend bleiben, die Koalition in Bonn hat die ersten entscheidenden Schritte eingeleitet, die sich die CDU als Regierungspartei mit Rücksicht auf die Industrie verkneifen dürfte.

Eine zynische Regierung könnte dennoch die Zügel schleifen lassen, denn die mit Spannung erwarteten hessischen Landtagswahlen im Oktober 1978 haben nicht den teils erhofften, teils befürchteten Durchbruch für die «grünen» Parteien gebracht. Weder Herbert Gruhls «Grüner Aktion Zukunft» (GAZ) noch der Grünen Liste Hessen/Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie (GLH) gelang der Einzug in das Wiesbadener Parlament. Die GLU kandidierte allerdings nur in zwei Wahlkreisen, und die angekündigte Paulskirchenbewegung der GAZ kam nicht zustande. Spott über dieses Scheitern ist unangebracht, denn in wenigen Wochen kann man keinen Parteiapparat aufbauen. So bleibt den «Grünen» immerhin der niedersächsische Achtungserfolg, wo sie auf Anhieb 3,9 Prozent der Wählerstimmen erhielten. Interessant dürfte das Abschneiden der Umweltparteien im Frühjahr 1979 in Schleswig-Holstein werden, denn im hohen Norden haben die «Grünen» bei Kommunalwahlen bereits beachtliche Erfolge erringen können. Ob 1980 auf Bundesebene reale Chancen für die neuen Parteien bestehen, erscheint gegenwärtig allerdings unwahrscheinlich.

Wettlauf mit der Zeit

Nun lassen sich über den Umweltschutz vortreffliche, aber für die Praxis völlig unverbindliche Seminare abhalten, wobei je nach persönlichem Standpunkt die unterschiedlichsten Auffassungen zutage treten können. Innerhalb der Sachbuchliteratur nehmen Untersuchungen zur Ökologie bereits einen beachtlichen Platz ein, Theorien sind wohlfeil. Entscheidend bleibt die Frage, wie konkrete Fortschritte erreicht werden können und vor allem, auf welche Schultern die entstehenden Mehrbelastungen ge-

wälzt werden sollen, ob also das Verursacherprinzip durchgesetzt werden kann. Die Naivität gewisser Umweltschützer, mit der blauen Blume der Romantik im Knopfloch, die einen Verzicht auf Wirtschaftswachstum preisen, erinnert an die Naivität der Maschinenstürmer im 19. Jahrhundert. Es führt kein Weg zurück in die behagliche Welt handwerklicher Manufakturen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat in dieser Beziehung Realitätssinn unter Beweis gestellt. Nun gehört es zu den bitteren Erfahrungen der Geschichte, dass Warnungen vor gefährlichen Entwicklungen um so leichter verdrängt werden, je deutlicher Kassandrarufe ertönen. Zwischen den ursprünglich auf eine kleine Minderheit von Wissenschaftlern beschränkten Erkenntnissen in Sachen Ökologie und dem Bewusstsein einer durch die Massenmedien lange Zeit in Sorglosigkeit gehaltenen Bevölkerung klafft seit Jahren eine Lücke, die nur allmählich überwunden werden kann. Die entscheidende Frage dabei dürfte die sein, ob ein verändertes Bewusstsein in der Öffentlichkeit rechtzeitig zu einer wirksamen Kursänderung in der Politik führt. Es geht um die Krisenbewältigung im Rahmen des parlamentarischen Systems, dessen Funktionsfähigkeit auf dem Spiele steht.

Angst vor der Technik, Enttäuschung über etablierte Parteien

Eine kaum beachtete Meldung zeigte unlängst, was auf dem Spiele steht Der Präsident des «Clubs von Rom», Aurelio Peccei, warnte vor einer gewaltigen Sintflut am Ende des Jahrhunderts, falls die Menschheit nicht innerhalb der kommenden zehn Jahre ein neues Verhältnis zur Natur findet. Beim gegenwärtigen Raubbau am Waldbestand erscheint das für Mensch und Tier unentbehrliche atmosphärische Gleichgewicht in dreissig Jahren entscheidend gefährdet. Nach Ansicht Pecceis müssen nicht nur Wirtschaftssysteme geändert werden, die gesamte Denkweise muss sich ändern, weil das nationalstaatliche Denken nicht mehr den Erfordernissen der Gegenwart entspricht.

Das Entstehen der Umweltparteien in der Bundesrepublik lässt sich allerdings nicht allein mit der Gefährdung durch eine entfesselte Technik und deren Folgen erklären. In Westdeutschland besteht seit Jahren eine tiefgehende Parteienverdrossenheit. Ausgerechnet ein Organ der CDU – diese Partei ist jeder Form der Selbstkritik viel weniger zugänglich als SPD und FDP – hat die systemgefährdende Kritik in der «Niedersachsen-Zeitung» aufgelistet. Der Missmut der Wähler richtet sich gegen die Methoden und die Führungsauslese, woraus sich auch der Mangel an Achtung vor Parlamentariern erkläre. Der Prozess der innerparteilichen Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Kontrolle erscheint undurchsichtig. Viele Wähler halten die Parteien für unfähig zu Änderungen oder Erneuerungen. Das Parteiblatt kommt zu der durchaus zutreffenden Erklärung, je niedriger die Ebene einer Wahl, desto geringer der Erfolg der Bundestagsparteien.

Das erklärt umgekehrt das teilweise verblüffende Echo der grünen Listen bei Kommunalwahlen in Norddeutschland. Protestparteien bekommen Aufwind, wenn beim Wähler der Eindruck entsteht, die bisherigen Parteien seien nicht mehr für den Wähler da, sondern bereits Selbstzweck geworden. Dieses Stimmungstief wird bei der Diskussion über die Zukunft der «grünen» Parteien häufig übersehen, weil die drei etablierten Kräfte SPD, FDP und CDU nicht gern über ihre eigenen Versäumnisse sprechen. Wobei ehrlicherweise darauf hingewiesen werden muss, dass die erwähnte Diagnose für die Sozialdemokraten als klassische Arbeiter- und Reformpartei viel schwerer wiegt als bei der besitzbürgerlichen und autoritär strukturierten Union. Allerdings sind die ersten Erkenntnisse über die Gefährdung der Umwelt älter als die Parteienverdrossenheit.

Es begann mit Willy Brandt

Bereits 1961 forderte Willy Brandt, der spätere sozialdemokratische Bundeskanzler einen «blauen Himmel über der Ruhr», was von den Gegnern der SPD als billiger Wahlkampfschlager, ja als Demagogie abgetan wurde, obwohl es bereits damals um die bedenkliche Luftverschmutzung im «Kohlenpott» ging. Dann erschien 1962 das Buch der Amerikanerin Rachel Carson «Der stumme Frühling», in dem die Autorin sich mit den verheerenden Folgen immer stärkerer Schädlingsbekämpfungsmittel beschäftigte und der Chemischen Industrie wegen ihrer hemmungslosen Profitgier schwere Vorwürfe machte. Doch die entscheidende Wende brachte erst der Ölschock von 1973, der auch dem letzten Verbraucher deutlich machte, dass Rohstoffe nicht unbeschränkt zur Verfügung stehen und die jahrhundertelange Ausbeutung der Natur von einer sparsamen Verwendung der Ressourcen abgelöst werden muss.

Während sich das Umweltbewusstsein sprunghaft entwickelte und bis heute ein publizistischer Dauerbrenner blieb, verlor sich der ursprüngliche Eifer in der SPD/FDP-Koalition, diese Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. Die Berufung des Universitätsprofessors Werner Maihofer zum Bundesinnenminister, der schliesslich über seine verfassungswidrigen Lauschangriffe ins Stolpern kam, erwies sich als ein Auf-der-Stelle-Treten. Der pragmatische Kurs der Macher trieb angesichts der weltweiten Rezession einen engagierten und weitdenkenden Umweltpolitiker wie Erhard Eppler (SPD) ins Abseits. Darüber die Augen zu verschliessen und allein die CDU als umweltfeindlich zu verketzern, wäre falsch, verhängnisvoll und unaufrichtig.

Die grosse Stunde der Bürgerinitiativen

Als Gegenbewegung zu den stagnierenden Parteien nahmen die inzwischen auf 4000 Gruppen angewachsenen, nur lose organisierten Bürgerinitiativen einen gewaltigen Aufschwung. Immerhin standen oder stehen ihnen noch etwa drei Millionen Wähler nahe. Doch diese Bürgerinitiativen

verstanden sich in ihrer Mehrheit nie als Basis von «grünen» Parteien, auch wenn die Parteigründer aus ihren Reihen kamen. Die mehrgleisig arbeitenden Gruppen versuchten nicht nur auf Parlamente und Behörden einzuwirken, sondern auch die Öffentlichkeit zu beeinflussen. Gegen die Gründung einer «grünen» Partei bestanden daher von Anfang an starke Bedenken. Dabei war der BBU nie ängstlich oder zimperlich. In der heiklen Frage der Atomenergie stellte er sich massiv gegen die Auffassung der Bundesregierung, die nach Auffassung der BBU Hand in Hand mit der Industrie marschierte.

Der BBU hat die These, Atomstrom wäre billiger als konventionell gewonnener Strom, stets als unrichtig abgelehnt und auch die angeblich entstehende Energielücke als Propaganda abgetan. Der BBU verfügte über gute Argumente, schliesslich hat er früher als die Parteien auf die Stromgewinnung durch Steinkohle hingewiesen und die riesigen Subventionen der Atomenergieerzeuger – sie erhielten über 21 Milliarden Mark – als falsch bezeichnet. Der BBU wehrte sich auch gegen die Zweckbehauptung der Industrie, durch den Umweltschutz würden Arbeitsplätze vernichtet. Eine Untersuchung des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft in Berlin hat zu keinen brauchbaren Daten geführt, die auf einen Verlust von Arbeitsplätzen durch umweltschützende Massnahmen schliessen lässt.

Herbert Gruhl, Ritter ohne Furcht und Tadel

Gerade weil die Bürgerinitiativen erfolgreich wirken konnten, sahen sie in einer Umweltpartei eine Durchkreuzung ihrer Strategie. Als der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl seine «Grüne Aktion Zukunft» (GAZ) ins Leben rief, war man in BBU-Kreisen mehr ent- als begeistert. Gruhl hatte mit seinem Buch «Ein Planet wird geplündert» (S. Fischer-Verlag), das eine Auflage von 240 000 Exemplaren erreichte, zunächst eine erstaunliche Wirkung erzielt. Da er mit seinen Vorstellungen über Umweltschutz in der CDU isoliert blieb, trennte er sich von seiner Partei. Der seiner Haltung nach konservative Gruhl ist gewiss ein honoriger Idealist. Er verdient Respekt. Aber ihm fehlt jede Ausstrahlung, jegliches Charisma, auf die ein Parteiführer nicht verzichten kann, wenn er die Massen erreichen will. Sein bislang recht unklares Programm bietet keine konstruktive Alternative zur heutigen Industriegesellschaft. Immerhin liessen Gruhls Attacken bislang nicht an Deutlichkeit zu wünschen übrig.

Ohne Scheu vor demagogischer Vereinfachung sprach er vom «Industriewahn» des Staates, der zum Komplizen des grossen Kapitals geworden sei und den «Grössenwahn» des Dritten Reiches auf den Nimbus der grossen Industrienation zurückschraubt: «Die Elektrokonzerne und ihre Verbündeten haben keine Bedenken, uns Gefahren auszusetzen, gegen die ein Bombenkrieg ein Kinderspiel ist. So wie Hitler vom Endsieg faselte, erzählen sie ihre Lüge von der Energielücke und von der Erhaltung der

Arbeitsplätze.» Gruhls GAZ, die sich nach eigener Einschätzung «radikal» und «wertkonservativ» versteht, dürfte gefestigt genug sein, um auch ausserparlamentarisch wirksam zu bleiben, was bei den anderen, seit ihrer Gründung durch interne Auseinandersetzungen gekennzeichneten Umweltparteien höchst fraglich erscheint. Die Gefahr für die GAZ liegt allerdings darin, dass sie als Diskutierklub des gehobenen Mittelstandes, als Stammtisch unpolitischer Bürger versandet.

Mausert sich die GAZ zur Mittelstandspartei?

Es genügt nicht, unverbindliche Forderungen aufzustellen, ohne konkrete Wege zur Realisierung zu zeigen. Zu Gruhls Programm gehört die Einsparung von Rohstoffen und Energie, die Schaffung kleinerer Wirtschaftseinheiten, die Ablehnung des politischen Zentralismus und das Ende der Leistungsgesellschaft. Ausserdem will er Volksbegehren und Volksentscheid einführen. Herbert Gruhl gehört ebenso wie der Ostberliner Wachstumskritiker Wolfgang Harich zu den eher autoritären Ökologiestrategen, im Gegensatz zu Theoretikern wie Carl Amery, Robert Jungk und Erhard Eppler, denen es vor allem um die Erhaltung demokratischer Grundfreiheiten geht, die im totalen Atomstaat rasch enden könnten, wie Robert Jungk in seinem alarmierenden Buch «Atom-Staat» (Kindler-Verlag) nachwies. Möglich, dass die FDP als «grüne» Partei die Rolle der GAZ endgültig übernimmt, zumal sie vielen massgeblichen Leuten in den Bürgerinitiativen in dieser Rolle sympathisch erscheint.

An einem Zweiparteiensystem sind die Leute der BBU nicht interessiert. Sie sehen überdies die Gefahr, dass der Abstieg der FDP und der gleichzeitige Aufstieg der GAZ zunächst nur der CDU nützen würde. Da aber die BBU in der drohenden Kriminalisierung der Atomkraftgegner eine grosse Gefahr sieht, ist sie sich darüber im klaren, dass die GAZ Steigbügelhalter für eine CDU-Bundesregierung sein könnte. Man will aber keineswegs zum nützlichen Idioten für Law-and-Order-Fanatiker wie Strauss und Dregger werden. Wie schwer es ist, die realen Chancen der «grünen» Parteien zu beurteilen, zeigen nicht zuletzt zwei bekannt gewordene Umfragen. Danach können sich neue Parteien angeblich auf ein Potential von 25 Prozent unzufriedener Wähler stützen, während eine zweite Untersuchung lediglich von 6 Prozent «grünen» Wählern spricht. Herbert Gruhl räumt seiner Partei bei der nächsten Bundestagswahl immerhin stolze 10 Prozent ein.

Sozialdemokraten, Gewerkschafter und die «Grünen»

Die Sozialdemokraten haben die Gefahr, die ihnen durch die eine Umweltpartei droht, spät, aber nicht zu spät, erkannt. So argumentierte die frühere Vorsitzende der Jungsozialisten, Heidemarie Wieczorek-Zeul, wer meine, in einem Bündnis von Gruhl bis zum Kommunistischen Bund konsequenter gegen eine steigende Wachstumsorientierung und Einschränkung von

Freiheitsrechten kämpfen zu können als in der SPD, erliege einem fatalen Trugschluss. Über die mögliche Koalitionsfähigkeit der neuen Parteien sind allerdings die Meinungen geteilt. Während Erhard Eppler meint, die Umweltparteien könnten zu einer koalitionsfähigen Kraft werden, lehnt Bundesminister Rainer Offergeld derartige Auffassungen strikt ab. Ihn stören diese heterogenen Vereinigungen, deren politisches Programm von ganz weit rechts aussen, von der Blut-und-Boden-Ideologie bis zu den Chaoten reicht.

Immerhin erkennt auch er, dass ernst zu nehmende Gruppen dabei sind. Etwas anders sieht es beim DGB aus. Kräfte in der IG Bergbau machen sich stark für den Bau von Atomkraftwerken und treten damit gemeinsam mit der Industrie auf, obwohl der Bau von Atomkraftwerken bei der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung nach wie vor auf Bedenken stösst. Hier wird deutlich, wie eine Gewerkschaft zur egoistischen Schaltstelle kapitalistischer Interessenvertretung verkommen kann; eine bedenkliche Entwicklung. Aber hat der DGB seine Mitglieder über ökologische Fragen überhaupt gründlich informiert, liess man nicht die Ereignisse an sich herankommen und tat so, als wenn die eigene Seligkeit nur von der nächsten Lohnrunde abhing?

Als der inzwischen pensionierte Redakteur der IG Metall, Heinz Brandt, vom «Atomfilz» sprach und damit auf die seiner Meinung nach unheilige Allianz von Industrie und Gewerkschaften hinwies, fiel er prompt in Ungnade. Wenn der DGB im Herbst 1978 energisch gegen die «grünen» Parteien Stellung bezog, so vor allem aus Sorge um die Regierungskoalition. Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, empfahl, den «Umweltprotest in die parlamentarischen Parteien hineinzutragen», statt «durch Gründung radikaler Grüppchen die Front umweltfreundlicher Politiker zu schwächen».

Und Detlev Hensche von der IG Druck und Papier steuerte weitere Überlegungen zum Thema bei: «Sollte Umweltschutz erst dann zur allgemeinen politischen Aufgabe geworden sein, seit auch die Villen im Grünen Lärm und Kohlendioxyd abbekommen?» Und er verwies auf entscheidende Denkfehler der «Grünen»: «Statt das wirtschaftliche Wachstum in die richtigen Bahnen zu lenken, sollen wir auf Wachstum verzichten.» Hensche hat völlig recht, wenn er warnt: «Wer in lebenswichtigen Fragen die staatlichen Entscheidungen zum Spielball wirtschaftlicher Interessen verkommen lässt, der soll sich über die Erfolge der ‚Grünen' nicht wundern.»

Die Jugend tendiert zu den Umweltschutzorganisationen

Die Sympathien der Jugend gegenüber den «Grünen» ist beachtlich. Erinnerungen an die «heroischen» Jahre der ausserparlamentarischen Opposition, Einflüsse von verschwommenen Idealen eines einfachen Lebens, Hippie-Kult, Fehleinschätzungen, politische Enttäuschungen und

eine Zukunft ohne Persepktiven, die im Grunde dem kapitalistischen Krisensystem anzulasten sind, lassen neue Parteien als Rettungsanker erscheinen. Die Entpolitisierung der Jugend hat zu einer Weltflucht geführt, und da viele junge Menschen in Umweltparteien idealistische Antiparteien erblicken, bilden sie ein beachtliches Wählerpotential, das schwer einzuschätzen ist. Immerhin erkennt die Hälfte der 18- bis 24jährigen Deutschen in der heutigen Gesellschaft kein verbindliches Ordnungsprinzip.

Auch das noch Undenkbare darf nicht völlig ausser acht gelassen werden. Zahlreiche kleinere Pannen in westdeutschen Atomkraftwerken, die fast alle auf menschliches Versagen zurückzuführen sind, lassen eine schwere Katastrophe durchaus denkbar erscheinen. Die Bremer Ärzteschaft warnte bereits vor der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Esenshamm, weil im Ernstfall eine ärztliche Versorgung unmöglich erscheint und im Katastrophenfall nicht existiert. Der Schock einer atomaren Verseuchung würde sicherlich zum sofortigen Rücktritt einer Landes- oder sogar der Bundesregierung führen, zumal sich die verantwortlichen Industriellen dann feige hinter den Politikern verstecken würden. Damit aber wäre der Aufstieg der Umweltparteien zu Grossparteien über Nacht möglich.

Die Dynamik der vierten Kraft

Einen gewaltigen Pluspunkt für die «Grünen» darf man ebenfalls nicht übersehen, wenn die Unzufriedenheit über einen mangelhaften Umweltschutz anhält. Die Beschränkung auf ein Thema kann ihnen einen gewaltigen Aufschwung verleihen, weil sie nicht auf einen Interessenausgleich, einen innerparteilichen Kompromiss bedacht sein müssen wie andere Volksparteien. Aber die Integrationskraft der klassischen drei Bonner Parteien SPD, FDP und CDU garantierte bislang jene Stabilität, die in Zukunft gefährdet sein könnte. Ein Industriestaat droht unregierbar zu werden, wenn Interessengruppen oder Sektierer die Politik bestimmen oder blockieren. Es wird wesentlich vom Engagement der Liberalen und der Sozialdemokraten abhängen, ob die Bonner Republik das gleiche Schicksal erleidet wie Weimar.

Im Juli 1932 kandidierten 61 Parteien für den Deutschen Reichstag. Von den fünfzehn Parteien, die in den Reichstag einzogen, hatten allerdings nur sieben mehr als fünf Abgeordnete. Sperrminoritäten läuten die Sterbestunde des Parlamentarismus ein. Die politische Stagnation in der Bundesrepublik würde eine neue Spielart des Faschismus heraufbeschwören, der Ruf nach dem starken Mann würde zu einem hysterischen Schrei anschwellen. Wenn die «Grünen» siegen, reiben sich die «schwarz» getarnten «Braunen» die Hände. Darin liegt die Ironie der geschichtlichen Stunde . . .